



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Die Gefahren eines Rheinbundes.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

tig einen sehr niedrigen Cours haben und daß nach jahrelanger Versäumniß die Gegenwart Handlungen verlangt. Mögen sie auch die Achtung des übrigen Deutschlands nicht zu gering anschlagen; nur dem Wohlwollen, welches den Städten bisher entgegengetragen ist, verdanken sie vielfache günstige Gestaltungen ihrer politischen Existenz.

Wenn die Regierungsgewalten in jener beschränkten Selbstsucht, die dem Particularpatriotismus eigenthümlich ist, die Herstellung einer Schraubenbootflotte etwa so lange hinauschieben wollten, bis sich vielleicht noch ein baarer Profit dabei ergäbe, so mögen die reichen Handelsherren Hamburgs und Bremens, welche über Millionen verfügen, zusammentreten und durch freiwillige Zeichnung die Reichthumpolitiker des Gemeinwesens beschämen.

Es mag später der Verständigungen, der Verhandlungen, Protocolle und Verträge bedürfen, zunächst und bald bedarf es der Thatsache, daß an den Küsten der Nordsee Schraubenschiffe wirklich im Bau befindlich sind.

Die Gefahren eines Rheinbundes.

Von der preussischen Grenze.

Wir haben schon mehrmals unsere Freunde in Berlin erinnert, daß es in diesem Augenblick ernsthaftere Fragen für Preußen gibt, als die Frage Pazze, Stieber, Schillercomité u. s. w.; wir kommen auch heute in Bezug auf die bekannten Aeußerungen des Königs von Württemberg darauf zurück. Die Sache ist viel ernster, als man sie zu nehmen scheint.

Vor zwei Jahren prophezeigte alle Welt den zunächst zu erwartenden Einzug der Franzosen in die Rheinprovinz. Er ist nicht erfolgt, und je fester man vorher davon überzeugt war, desto schläfriger betrachtet man die früher so sehr gefürchtete Gefahr; sie klingt nur noch wie eine halb vergessene Sage. Daß Napoleon einmal gesagt haben soll, Frankreich wäre leicht zu regieren, wenn man ihm nur alle drei Jahre einen hübschen Krieg gäbe, erwähnt man nur noch als Anekdote. Wie es sich auch mit dieser Aeußerung verhalte, sie drückt das Sachverhältniß aus. Ein unausgesetzter Krieg, wie ihn der große Napoleon führte, ruiniert Frankreich; aber in drei Jahren läßt sich die Armee wieder gehörig in Ordnung bringen, und wenn man dann schnell der Nation einigen Ruhm, womöglich einige Beute verschaffen kann, schnell und ohne erhebliche Gefahr, so befestigt man dadurch allerdings die Dynastie besser als durch jedes andere Mittel. Sehen wir uns um, ob die gegenwärtige Lage Deutschlands nicht von der Art ist, dem Thätigkeitstrieb unseres ebenso

vorsichtigen als unternehmenden Nachbars nach dieser Seite hin einen günstigen Spielraum zu eröffnen.

Die Eigenthümlichkeit in Napoleons Politik liegt darin, daß er nicht einen einseitigen Zweck verfolgt, sondern gleichzeitig nach allen Seiten späht, um jeden günstigen Zeitpunkt zu benutzen, gleichviel ob er mit seinem vorherigen Schritte zusammenzuhängen scheint oder nicht. Seine Rüstungen sind jeder Art von Unternehmung gerecht; seine Verbindungen verzweigen sich durch alle Staaten und Parteien Europas, überall erhält er eine offene Wunde, die er bei günstiger Gelegenheit zu heilen beanspruchen kann, überall sieht er aber sorgfältig darauf, daß nicht durch ein unzeitiges Vorgehen Frankreich eine Coalition gegen sich hervorrufe.

Zu Anfang des vorigen Jahres sah er einer solchen Coalition mit Besorgniß entgegen. Zwar stand er mit Sardinien, mit England und Rußland im Bündniß, aber der erstere Staat brachte ihm für den Augenblick mehr Verlegenheit als Nutzen, und die beiden andern waren doch nur in dem Sinn Verbündete, daß sie ihn gewissermaßen mit dem Revolver in der Hand im Auge hatten, um jedem plötzlichen Angriff zuvorzukommen. Oestreich machte ernsthaftige Anstrengungen, sich ihm zu nähern, er ging aber nicht darauf ein, vermuthlich weil er in der Stütze, die ihm dieser Staat gewähren konnte, kein Verhältniß zu den Gefahren sah, welchen ihn ein Bündniß mit der Legitimität preisgeben mußte.

Er versuchte seinerseits, und zwar mit einer Lebhaftigkeit, wie sie selten ein Souverän gezeigt hat, eine Annäherung an Preußen. Auf welchen Grundlagen er sich zu verständigen gedachte (die bekannten russischen Projecte hatte er schon vorher entschieden desavouirt), weiß Niemand als er selbst; denn man ließ ihn nicht zu Worte kommen. Es wurde ihm die schroffste Zurückweisung zu Theil, die innerhalb des diplomatischen Verkehrs denkbar ist.

Als nächste Folge vermuthete man nun, nachdem Preußen seine Stellung offen demasquirt, eine Verständigung zwischen Oestreich und Preußen, eine Einigung derselben mit ihren deutschen Bundesgenossen und weiter eine Coalition mit Rußland und England. In der That wurde ein großer Anlauf gemacht; es ist aber bekannt, daß alle diese Versuche gescheitert sind.

Was die auswärtigen Mächte betrifft, so eröffnete zunächst Rußland dem Kaiser Napoleon, daß es nicht gemeint sei, seinen Gegnern irgendwie Vorschub zu leisten; es wolle nur auß Freundschaftlichste die Beschwerden und Willensmeinungen derselben vor sein Ohr bringen. Da wäre denn freilich der kürzere Weg gewesen, wenn man sie ihm in Baden kund gethan. England, um nur ja nicht in Verdacht zu gerathen, mit Preußen gegen Frankreich zu conspiriren, begann jene Reihe brutaler Insulten, wie man sie früher nur gegen Tunis, Neapel oder Griechenland ausgeübt. Capitän Macdonald wurde da-

durch ein berühmter Mann, aber der eigentliche Sinn jener Aeußerungen war doch nur der: wenn ihr Preußen Lust habt, euch mit Frankreich zu raufen, so thut es auf eigene Hand! von uns bekommt ihr keinen Schilling! — Irigendwann und irgendwo hat man auch auf Schweden reflectirt: nun, Schweden ist die Antwort auch nicht schuldig geblieben.

So steht es mit unsern auswärtigen Verbindungen. Sehen wir uns jetzt unsern natürlichen Bundesgenossen an.

In Oestreich ist in dieser Periode ein großer Umbildungsproceß vor sich gegangen. Die Geldnoth wurde so arg, daß man zu dem Mittel Necker's und Ludwigs des Sechzehnten griff: man berief eine Nationalversammlung, die in vieler Beziehung eine constituirende genannt werden konnte; denn ebensowenig wie Necker den Generalständen, brachte Schmerling dem „engeren“ oder „weiteren“ Reichsrath ein fertiges System entgegen. Aber ein sehr wichtiger Unterschied besteht doch gegen die Lage von 1789: damals war nur die Aristokratie und ein Theil der Geistlichkeit den neuen Verfassungsplänen abhold; jetzt sind es die Aristokratie und die gesammte Geistlichkeit, und außerdem noch ziemlich alle Nationen der Monarchie mit Ausnahme der Deutschen. Weder die Ungarn, noch die Kroaten, noch die Polen, noch die Czechen wollen von der Gesamtverfassung etwas wissen, und wenn man sie schließlich alle doch dazu bereden sollte, den Reichsrath zu beschicken, so würde das Ministerium eine ungeheure Majorität gegen sich haben. Kommen sie aber nicht, so sehen wir keine Möglichkeit, wie der „Reichsrath“ der Regierung Geld oder Credit verschaffen soll, und wenn man die Widerstrebenden mit Gewalt unterwirft, so steht die Sache für Oestreich unendlich schlimmer, als vor dem Octoberdiplom. Daß Oestreich im Stande ist, Ungarn wieder zu unterwerfen, daran zweifeln wir nicht; daß es sich aber in diese Nothwendigkeit gesetzt hat, das ist keinesfalls eine Verbesserung seiner Lage. Auch ist in Deutschland dies Gefühl jetzt ganz allgemein, daß Oestreich in der drohenden Krisis keinen Halt gewähren kann.

Wie man in Oestreich selbst darüber denkt, ist einem Nichtöstreicher vollkommen unverständlich. Zweierlei ist klar: man hat Preußens Entgegenkommen auf's Neue abgelehnt, und man hat auf's Neue versucht, sich Napoleon in die Arme zu werfen. Die Erwiderung des Kaisers ist so spöttisch, man möchte sagen so höhnisch, daß die Aufmerksamkeiten, welche man in Paris der schönen, geistreichen und bezaubernden Fürstin Metternich erweist, dafür doch kaum ent-schädigen können.

Noch wunderlicher ist die Stellung Preußens zu den übrigen deutschen Staaten. Gerade in diesen Staaten wurde früher die Kriegstrommete gegen Frankreich am lautesten geblasen, als es noch galt, den Großherzog von Toscana und den Herzog von Modena wieder einzusetzen. Vor anderthalb Jahren schien Preu-

fen eine ziemlich entschiedene Sprache zu führen: es beanspruchte eine Reform der Bundeskriegsverfassung, es protestirte gegen einen Bundesbeschluß in der kurhessischen Sache; das preußische Ministerium schien wenigstens bis zu einem gewissen Grad die Bestrebungen des Nationalvereins zu billigen. Seitdem ist die Sprache Preußens viel bescheidener geworden: von Kurhessen redet es gar nicht mehr, in der Militärfrage hat es einige Schritte zurück gethan; die Aeußerungen der liberalen Partei über auswärtige Politik (wir meinen damit die Fraction Vincke-Carlowitz) werden wieder schroffer desavouirt als früher; die Kreuzzeitung, die natürliche Verbündete der Würzburger, gerir sich wieder als Hofblatt.

Und sonderbar! gerade in dieser Zeit wird das Auftreten unserer Verbündeten gegen uns viel energischer als früher. Man begnügt sich nicht mehr abzulehnen, sondern man ist zum Angriff übergegangen. Schon das Ablehnen hat unter den gegenwärtigen Umständen eine sehr ernste Bedeutung. Die widerrwärtige und lächerliche Lage, in der wir uns gegen Dänemark befinden, hat überall die Nothwendigkeit einer deutschen Kriegsflotte fühlbar gemacht; die Nothwendigkeit einer planmäßigen Sicherung unserer Küsten. Von Seiten des Bundestags erwartete man von vornherein nicht viel, obgleich die Vertheidigung unserer Küsten für Süddeutschland fast ebenso wichtig ist als für Norddeutschland; aber auch eine Verständigung unter den zunächst betroffenen Regierungen wird durch Hannover vereitelt. Hannover hält sich von den Conferenzen zurück und verweigert die Bahn nach der Jahde, um zu zeigen, daß es Preußen in seiner Hand hat.

Zugleich wird das Unternehmen in's Werk gesetzt, alle nichtpreußischen Bundestruppen zu einem gemeinsamen Körper zu vereinigen, und der Oberbefehl über diesen Körper wird im Fall eines Krieges, an dem Oestreich nicht Theil nimmt, ausdrücklich Preußen entzogen, d. h. also für den Fall eines Krieges mit Frankreich legt sich zwischen die beiden Theile des preußischen Staatsgebiets eine unabhängige Macht, die zunächst die Fähigkeit hat die Politik der freien Hand zu treiben; ob auch den Willen? Darüber liegen merkwürdige Zeugnisse vor.

In allen Organen der Mittelstaaten wird fortwährend auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welche der Souveränität dieser Staaten von Preußen droht. Zwar wird beständig die Gerechtigkeitsliebe des Königs von Preußen hervorgehoben, der es dazu nicht kommen lassen werde — und in der That wäre es auch ein seltsamer Anfang der Annexion, wenn der vermeinte Angreifer die Bedrohten mit gezogenen Kanonen beschenke! — aber das Bild der Gefahr wird doch nicht aus den Augen gelassen. Am geistreichsten geschah es in der bekannten Rede des Herrn v. Beust, der, wie es auch ganz richtig ist, die natürlichen Machtverhältnisse als den Grund dieser Besorgnisse darstellte.

Wir wollen nun die Aeußerungen des Königs von Württemberg in's Auge fassen, natürlich nur in der officiellen Version des Staatsanzeigers.

„Se. Maj. haben niemals Anstand genommen, die Ansicht auszusprechen, daß es ein ganz ungerechtfertigtes, politisch höchst unkluges Vorgehen der Mittelstaaten constataren würde, wenn dieselben im Hinblick auf etwaige von Westen her drohende Kriegsgefahren sich herbei ließen, zu den vom Nationalverein vorgeschlagenen Mitteln zu greifen, deren praktische Durchführung erstere unfehlbar in preußische Provinzialstaaten verwandeln muß.“

Se. Maj. sind ferner der Ansicht, „daß ein nach den Maximen des Nationalvereins organisirtes Preußen mehr geeignet wäre, den deutschen Mittelstaaten ernstliche Besorgniß einzulösen, als das französische Kaiserthum.“

„Dem französischen Kaiserthum würde, wie sich auch die Zukunft gestalten möge, das Nationalgefühl niemals gestatten sich auf deutschem Boden festzusetzen, oder die politische und factische Existenz irgend eines Staats, und sei es des kleinsten, auf die Dauer zu gefährden.“

Der erste dieser Sätze ist klar, und dürfte nur noch dahin ausgedehnt werden, daß nicht bloß die Ansprüche des Nationalvereins, sondern auch die der preußischen Regierung gemeint sind. Der Nationalverein geht zwar weiter als Preußen, er verlangt nicht bloß die militärische, sondern auch die diplomatische Leitung, aber das Erstere ist doch wol die Hauptsache. Die militärische Oberleitung Preußens bedroht die Souveränität der Mittelstaaten; sie kann also nicht zugestanden werden, sollte sie auch — was allerdings entschieden in Abrede gestellt wird — die Integrität des deutschen Gebietes in Gefahr setzen. Die volle Souveränität der Mittelstaaten steht in erster Linie; danach gruppiren sich die andern Fragen. Die bekannte Aeußerung des Grafen Borries gibt den weiteren Commentar.

Nicht ganz so verständlich sind die beiden folgenden Absätze. Was heißt „ein nach den Maximen des Nationalvereins organisirtes“ Preußen? Uns wenigstens ist nicht bekannt, daß der Nationalverein für Preußen eine andere Organisation in Aussicht gestellt hätte als die gegenwärtige. Wir können nur zweierlei darunter verstehen: entweder meint der Staatsanzeiger ein von den „Freunden des Nationalvereins“ regiertes Preußen, und will damit andeuten, daß eine Veränderung des Ministeriums in Preußen die Besorgnisse der Mittelstaaten vermindern würde. Allein wir haben schon früher auseinandergesetzt, daß es in dieser Beziehung ganz gleichgültig ist, wer in Preußen regiert: Preußen bedroht nicht durch den Willen dieses oder jenes Mannes, sondern durch seine unfertige Lage die Existenz derjenigen Staaten, die ihn fortwährend an seine Unfertigkeit erinnern, wie z. B. jetzt Hannover. Außerdem ist über-

triebener Thatendurst gewiß nicht die Schwäche des gegenwärtigen Ministeriums. Wir werden also zu der zweiten Hypothese greifen, die unterstrichenen Worte geradezu als epitheton ornans auffassen, und jenen Satz folgendermaßen übersetzen: Preußen ist für die volle Souveränität der Mittelstaaten viel gefährlicher als Frankreich, und muß daher, wenn es diese Gefahr beschwichtigen will, sich der Politik der Mittelstaaten fügen.

Wir haben die Worte des Staatsanzeigers mitgetheilt, man kann uns daher nicht beschuldigen dieselben zu verdrehen; wir setzen nur noch hinzu, daß diese Ansicht von der Sachlage auch die unsrige ist.

Wir kommen an den dritten Passus, der am dunkelsten gehalten ist. „Wie sich auch die Verhältnisse gestalten mögen,“ d. h. auch im Fall eines Rheinbundes, werden die Franzosen auf die Dauer sich in Deutschland nicht behaupten können. Das Nationalgefühl, wird gesagt, würde es ihnen verwehren; und es wird stillschweigend hinzugedacht: aber das Nationalgefühl würde es den Preußen nicht verwehren. Und darum sind die Preußen gefährlicher als die Franzosen.

Es ist auch in dieser Ansicht viel Richtiges; obgleich es immer eine schwere Sache bleibt, die Möglichkeit eines so furchtbaren Leidens, wie das, unter welchem Deutschland von 1806—1814 schmachtete, in Rechnung zu bringen. Wäre durch die Deduction des Staatsanzeigers erwiesen, daß, um die volle Souveränität der Mittelstaaten zu erhalten, auch diese Eventualität in's Auge gefaßt werden müsse, so hätte es für seinen Zweck zu viel erwiesen.

Noch in einer andern Sache können wir ihm nicht beipflichten. Der Rheinbund hat zwar einige neue Königreiche geschaffen, z. B. Württemberg, aber weder 1806 noch 1814 sind die Territorialgrenzen intact geblieben. Bei einem ähnlichen Fall ist dazu noch weniger Aussicht. Bricht einmal der Krieg los, so wird Preußen nur nach militärischen Rücksichten handeln können, und da der dritte Napoleon mit seinen Plänen nicht in's Ungeheuere geht, so wird er so schnell als möglich irgend einen lucrativen Frieden zu schließen suchen: auf wessen Kosten, das wird er im Moniteur dem verehrungswürdigen Publicum nicht im voraus melden. Das wäre das Nächste; die weitere Folge könnte dann aber sein, gerade das herbeizuführen, was vermieden werden soll.

Wenn der Moniteur gegenwärtig die würzburger Politik predigt, so kann das eine Art von Programm, es kann aber auch eine Warnung für Preußen sein. Der Moniteur kann damit zu Preußen sagen wollen: „so steht jetzt die Sache; werdet ihr endlich eure Unflugheit erkennen?“ —

Preußen ist bis jetzt den geraden Weg gegangen, und wir wünschen und hoffen, daß es ihn fortgehen wird. Aber es wird sich mittlerweile überzeugt haben, daß seine Schritte zu kurz gemessen waren, daß ihm bei seinem Zwecke nichts gefährlicher sein kann, als wenn es sich selber der Unsicherheit und der

Furcht verdächtigt. Was es in seiner innern Politik zu thun hat, um in Deutschland Vertrauen zu erwerben, haben wir mehrfach wiederholt; sein Fortschritt in Deutschland knüpft sich jetzt an den Ausgang der kurhessischen Frage — und hier kann jeder Zeitverlust gefährlich werden; im Großen ist seine Aufgabe zunächst gegen Dänemark: der erste Schritt gegen Dänemark ist die Gründung einer Flotte und diese zugleich ein Mittel, unmittelbar mit dem deutschen Volk in Verbindung zu treten, wenn die Regierungen sich saumselig zeigen.

† †

Deutsches Schützenfest in Gotha.

Aus Gotha: — In den Tagen vom 8. bis zum 11. Juli (einschließlich) d. J. wird hier ein Fest stattfinden, dessen Bedeutung nicht verkannt werden kann, ein deutsches Schützenfest. Wir hatten bisher nur Turner- und Sängereisen von nationaler Ausdehnung, die Schützenfeste waren meistens rein örtlich und die ganze bisherige Einrichtung der Scheibenschießen in Deutschland schien nicht dazu angethan, als ob sich Bedeutenderes daraus entfalten könnte. Nun wird doch in Gotha der Versuch gemacht, ein nationales Schützenfest zu feiern, und die Vorbereitungen nehmen frischen Fortgang. Gelingt der Versuch wirklich, so kann er höchst folgenreich werden, denn es ist kaum anders möglich, als daß aus einem neu belebten Schützenwesen und großartigen Schützenzusammenkünften Elemente nationaler und freiwilliger Volksbewaffnung sich entwickeln und die Schützenfeste als nationale Kundgebungen nicht bloß neben den Turner- und Sängereisen einen wichtigen Platz einnehmen, sondern diese Feste noch überragen. Dieser bedeutungsvolle Charakter des Festes tritt auch in der Zuschrift, in welcher Herzog Ernst — der bekannte Förderer aller nationalen Interessen — die Wahl des Festausschusses zum Ehrenpräsidenten angenommen hat, und in seiner umfassenden Theilnahme an den Arbeiten des Ausschusses hervor, und der Anklang, den das Fest weithin findet, spricht dafür, daß es allgemein in seiner Bedeutung gewürdigt wird.

Freilich die Schwierigkeiten, mit denen man zu kämpfen hat, sind nicht gering; sie ergeben sich daraus, daß das Fest ein erster Versuch ist. Denn es ist vollständig unmöglich, die Dimensionen mit einiger Sicherheit zu berechnen, und man weiß jetzt, nachdem die Sache Beifall gefunden hat, kaum noch, ob man mehr einen Mangel an Betheiligung oder einen zu großen Zudrang befürchten soll. Die Schwierigkeit des Versuchs liegt aber auch in dem eben Berührten, daß sich nämlich das Schützenwesen erst mit dem Feste und durch dasselbe zu einem volkstümlichen entwickeln muß. Dieß zeigt sich vor Allem in der „Schießordnung“, die für mehrere verschiedene Schießweisen gesorgt hat; das Aufgelegttschießen, das nur für eine Schule des Schießens empfohlen werden könnte, aber aus alten Zeiten her sich fast in ganz Deutschland erhalten hat, ist nicht ganz verbannt worden, man wird sogar Festgaben darauf austheilen, um auch denjenigen, die nur auf geringere Entfernungen zu schießen gewohnt sind, Gelegenheit zu bieten, hat man 10 Scheiben auf nur 250' rheim. aufgestellt; das Diopter ist nur für einen kleineren Theil der Schießstände verworfen.

Wir erwähnten die Theilnahme des Herzogs Ernst an den Arbeiten des Ausschusses. Es wird uns mitgetheilt, daß er einer vielstündigen Sitzung des Ausschusses präsidiert und einige wichtigere Punkte mit demselben festgesetzt hat, über-